



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 26.09.2025 bis 03.10.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

China: Eine missionarische Geschichte	3
China: Regierung geht gegen den Einfluss der Religion im Internet vor	4
Deutschland: Anfeindungen wegen Gedenkgottesdienst für Charlie Kirk	5
Deutschland: Regensburger Lebensschützer gewinnen vor Gericht	6
Deutschland: Scharfe Kritik an ÖRK-Materialien	7
DR Kongo: Mindestens 64 Menschen bei Angriff auf katholische Gemeinde getötet	8
Innere Mongolei: Verteilung von Bibeln gilt als illegale Geschäftstätigkeit	9
Israel: UN-Generaldebatte	10
Italien: Todesdrohung gegen Pfarrer im Gottesdienst	12
Madagaskar: Proteste eskalieren	13
Nicaragua: Gefangener des Monats Oktober 2025	14
Nigeria: erste Anhörung im Fall von Yahaya Sharif-Aminu	15
Nigeria: Gebet für verfolgte Christen	16
Österreich: Sonntag der verfolgten Kirche	17
Pakistan: Christ wegen Blasphemie in den sozialen Medien verhaftet	18
Schottland: 75-jährige Christin wiederholt vor Krankenhaus verhaftet	19
Südkorea: "Gebet für das Leben"	20
Südsudan: Gewalttätige Zusammenstöße	21
USA: Anschlag auf Mormonenkirche in Michigan - vier Menschen getötet	22

China: Eine missionarische Geschichte

Die Diözese Sanyuan feiert 400 Jahre Verkündigung des Evangeliums in der Provinz Shaanxi

Sanyuan (Fides) – Die Diözese Sanyuan in der nordwestchinesischen Provinz Shaanxi feiert im Rahmen des Jubiläums der Hoffnung auch das 400jährige Jubiläum des Neubeginns der Verkündigung des Evangeliums in der Provinz Shaanxi. Die Feierlichkeiten drehen sich auch um die zehnte Ausgabe der christlichen Kunstaussstellung, die am 26. September von Bischof Joseph Han Jinying in den Räumlichkeiten neben der Kathedrale eröffnet wurde.

Bei dieser Gelegenheit weihte Bischof Han laut dem chinesischen kirchliche Informationsportal xinde.org auch eine Statue von Philipp Wang Zheng, dem ersten Katholiken der Provinz, ein. Ein Zeichen dafür, wie die örtliche katholische Glaubensgemeinschaft dankbar die Erinnerung an den gesamten Weg bewahrt, den die katholische Kirche in der Provinz Shaanxi von Generation zu Generation zurückgelegt hat.

Philipp Wang, Mandarin und angesehener Wissenschaftler auf dem Gebiet der Agrikultur während der Ming-Dynastie, gilt als „Initiator“ der Präsenz der katholischen Kirche in Shaanxi in den letzten vier Jahrhunderten. Dank seiner Tätigkeit am kaiserlichen Hof reiste der Agrarwissenschaftler häufig in die Hauptstadt, wo er verschiedene Missionare aus dem Westen kennenlernte, darunter Pater Diego de Pantoja. Angezogen vom katholischen Glauben, ließ sich Wang Zheng zwischen 1615 und 1616 taufen, nahm den Namen Philipp an und wurde damit der erste Katholik in Shaanxi in der Neuzeit.

Im Jahr 1625, während er eine Trauerzeit einhielt, wandte sich Wang an die in Peking ansässigen Missionare mit der Bitte, einen von ihnen nach Shaanxi zu schicken. Im April traf der Jesuit Nicolas Trigault ein, der sich nach Jingyang, der Geburtsstadt von Wang Zheng, begab, wo er die Mitglieder seiner Familie taufte und in ihrer Residenz eine Kapelle einrichtete.

Von diesem Moment an, vor genau 400 Jahren, begann sich der Katholizismus von Jingyang aus über ganz Shaanxi zu verbreiten.

In Anwesenheit der zivilen Autoritäten leitete Bischof Joseph Han am Eröffnungstag der Feierlichkeiten das Gebet der Versammlung, um für Frieden in der Welt, Wohlstand im Land, Harmonie und soziale Stabilität sowie das Wohlergehen des Volkes zu beten.

In der Diözese Sanyuan ist eine alte Tradition verwurzelt, bei der Kunst und Kultur zur Verkündigung des Evangeliums eingesetzt werden. Vor allem mit der Kalligraphie und der traditionellen chinesischen Malerei verbinden Künstler der Diözese alte Weisheit mit zeitgenössischen Anforderungen und nutzen dabei die alten lokalen Kunsttraditionen, um auch ihren christlichen Glauben zum Ausdruck zu bringen.

Das apostolische Werk in der Provinz Shaanxi in der Neuzeit wurde von berühmten Jesuiten (neben Diego de Pantoja und Nicolas Trigault auch Johann Adam Schall von Bell) mitgestaltet und später von den Franziskanern fortgeführt. Einer lokalen Überlieferung zufolge kam auch der Jesuitenastronom, Literat, Geograf und Mathematiker Giulio Aleni um 1620 nach Shaanxi und lehrte während seines Aufenthalts die lokale Bevölkerung den Anbau von Weintrauben, wodurch die Herstellung von Wein ermöglicht wurde, der für die Feier der Heiligen Messe unverzichtbar war. Im Jahr 1628 wurde dank einer Spende von Wang Zheng die erste katholische Kirche der Provinz gebaut und mit einem Gottesdienst eingeweiht, in dessen Rahmen 50 Taufen vollzogen wurden. In den folgenden Jahrzehnten konzentrierten sich mehr als 40 Prozent der insgesamt 150.000 getauften Katholiken des Landes in Shaanxi.

Im Jahr 1696 errichtete der Heilige Stuhl das Apostolische Vikariat Shaanxi und ernannte den Franziskaner Basilio Brollo (1696–1704) zum ersten Apostolischen Vikar.

Im Jahr 1723 erließ Kaiser Yongzheng aus der Qing-Dynastie einige Dekrete, die das Verbot der christlichen Predigt, die Beschlagnahme von Kirchen und die Ausweisung vieler Missionare vorsahen. Die verbliebenen Franziskaner und katholischen Missionare wurden in den Untergrund gedrängt. Im Jahr 1890 begannen die ersten Franziskanerinnen von Maria ihre neue Mission in Shaanxi, gefolgt von den Missionaren des Päpstlichen Instituts für Auslandsmissionen (PIME). In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts waren auch die Werke der Nächstenliebe ein wertvolles und wirkungsvolles Mittel, um die Liebe Christi zu allen Menschen zu bezeugen und den missionarischen Elan der katholischen Kirche in Shaanxi aufrechtzuerhalten. Die dringende Notwendigkeit, einheimische Priester auszubilden, um den wachsenden seelsorgerischen Bedürfnissen des Volkes Gottes gerecht zu werden, führte zur Gründung von Seminaren und Bildungseinrichtungen in allen acht Diözesen der Provinz. In diesen Jahrzehnten wurden mehrere Seminaristen aus Shaanxi nach Rom geschickt, um an der Päpstlichen Universität Urbaniana zu studieren. In dieser Zeit festigte sich das kirchliche Netzwerk von Gemeinschaften und Institutionen, das noch heute die Lebendigkeit der katholischen Kirche in dieser chinesischen Provinz widerspiegelt.

(NZ) (Fides 30/9/2025)

China: Regierung geht gegen den Einfluss der Religion im Internet vor

IIRF-D/ICC/Tübingen/28.09.25 - Am 15. September hat China neue Vorschriften erlassen, um die Verbreitung religiöser Inhalte im Internet zu kontrollieren.

Die Staatliche Verwaltung für religiöse Angelegenheiten veröffentlichte den „Verhaltenskodex für Geistliche im Internet“, eine Liste mit 18 Artikeln, die die Online-Veröffentlichung von religiösen Inhalten verbietet, die nicht von der Regierung genehmigt wurden.

Die Vorschriften verbieten religiöse Unterweisungen, Live-Streams, Online-Kurse und kommerzielles Marketing auf Social-Media-Konten, in WeChat-Gruppen und auf anderen digitalen Plattformen. Der Kodex verhindert auch den Einsatz von KI zur religiösen Werbung – eine bisherige Lücke für Evangelisten mit Online-Einfluss.

Die Vorschriften wurden erstmals 2016 von Präsident Xi Jinping eingeführt und seitdem verschärft. Die KPCh unterwirft alle Philosophien, Religionen und Kulturen einer einzigen, staatlich genehmigten Identität. Durch die Sinisierung der Regierung haben viele Menschen im Land ihr Interesse an Religion verloren. Im Jahr 2023 berichtete Pew Research, dass nur 3 % der Chinesen Religion als „sehr wichtig“ für sich betrachten.

„Dies ist keine Reaktion auf isolierte religiöse Phänomene, sondern vielmehr ein systematisches Bestreben, religiöse Aktivitäten in das umfassendere Online-Informationsmanagementsystem zu integrieren“, erklärte ein anonymes chinesisches Forscher für Religionspolitik gegenüber ChinaAid. „Nach Ansicht der Regierung kann Religion nicht nur zu einer ideologischen „Grauzone“ werden, sondern auch Online-Tools nutzen, um ihren Einfluss auszuweiten, was genau das ist, was sie zu verhindern und zu kontrollieren versuchen.“

Gemäß Artikel 3 des Kodex sollten religiöse Führer „an der Sinisierung der Religionen unseres Landes festhalten, Religionen aktiv dabei anleiten, sich an die sozialistische Gesellschaft anzupassen, und bei der Nutzung des Internets die religiöse, soziale und ethnische Harmonie fördern“.

Zu widerhandlungen können zum Verlust der Geistlichenbefugnisse, zu Zensur und möglicherweise zu strafrechtlichen Ermittlungen führen.

Ein hochrangiger chinesischer Geistlicher erklärte gegenüber The Pillar, dass diese Vorschriften auch für Personen außerhalb des Landes gelten.

„Wenn ein Geistlicher dabei erwischt wird, dass er etwas mit einem Missionar zu tun hat, gilt das als ‚Unterwanderung‘“, sagte der Geistliche. „Wie immer bei diesen Vorschriften ist das Ziel, alles, was von außerhalb Chinas kommt, unter Strafe zu stellen.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Deutschland: Anfeindungen wegen Gedenkgottesdienst für Charlie Kirk

Cottbus: Freikirchliche Gemeinde erhält Hassmails und Polizeischutz

Cottbus (IDEA) – Ein Gedenkgottesdienst der Bekennenden Evangelischen Gemeinde (BEG) Cottbus am 28. September für den ermordeten US-Aktivist Charlie Kirk ist von massiven Anfeindungen begleitet worden. Im Vorfeld erhielt die kleine Freikirche neben heftiger Kritik in sozialen Netzwerken rund 30 Hassmails aus ganz Deutschland, teilte Gemeindeleitungsmitglied Carsten Ludwig der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mit. In den Schreiben hätten die Absender der Gemeinde das Christsein abgesprochen, die Mitglieder als „Faschisten“ diffamiert und die Feier als „Blasphemie“ bezeichnet. Manche Schreiber hätten die Gemeinde als „Schande für den christlichen Glauben“ beschimpft. Auf der Plattform X seien zudem in einem Beitrag der Bundesverfassungsschutz und die Antifa Cottbus verlinkt worden. Darüber hinaus habe zeitweise seine Privatadresse in den sozialen Netzwerken kursiert, so Ludwig. „Meine Familie hatte Angst, Opfer von Übergriffen zu werden“, sagte der Vater von vier Kindern.

60 Besucher – 20 Gegendemonstranten

Die [BEG Cottbus](#), die gewöhnlich rund 14 Gottesdienstbesucher zählt, hatte kurzfristig beschlossen, statt ihres regulären Sonntagsgottesdienstes eine Trauerfeier für Kirk zu halten. „Wir wollen ein Ort sein, wo Menschen ihrer Trauer Ausdruck geben können und nicht allein bleiben müssen“, so Ludwig. Unter der Überschrift „Ein mutiger Kämpfer für unbequeme Wahrheiten wurde uns durch ein Attentat entrissen“ veröffentlichte die Gemeinde am 21. September eine Anzeige mit der Einladung zum Gedenkgottesdienst in der Lausitzer Heimatzeitung „Der Märkische Bote“. „Ein linksradikaler Nutzer stellte die Anzeige anschließend auf X ein – dort verbreitete sie sich unter heftiger Kritik rasant, und wir erhielten die ersten Hassmails“, berichtete Ludwig. Die Gemeinde meldete die Vorfälle der Polizei; der Gottesdienst fand daraufhin unter Polizeischutz mit rund 60 Besuchern statt. Vor der Kirche versammelten sich den Angaben Ludwigs zufolge etwa 20 Gegendemonstranten mit Lautsprechern und Plakaten. Insgesamt sei die Veranstaltung friedlich verlaufen. Nach dem Gottesdienst boten Gemeindemitglieder den Gegendemonstranten Gebäck an und kamen mit ihnen ins Gespräch.

Aufruf zur Liebe und Vergebung

Im Gedenkgottesdienst betonte Ludwig, dass die Antwort auf Hass niemals Hass, sondern Liebe sein sollte. Die Welt sei von Streit und Zerbruch geprägt, obwohl sich viele Menschen nach Versöhnung sehten. Er fragte, was Christen und Kritiker von Kirk und besonders vom Umgang seiner Frau Erika mit dem Mord lernen könnten. Erika Kirk hatte öffentlich erklärt, den Tätern vergeben zu wollen. „Das ist eine Kraft, die wünsche ich jedem – auch mir selbst und den größten Kritikern“, sagte Ludwig. Nur so könne Hass Familien nicht mehr zerstören und Menschen nicht länger zu Gefangenen ihrer Sünde machen. Vergebung sei eine Sprache, die nur derjenige sprechen könne, dem Last abgenommen worden sei. „Wie komme ich zu dieser Kraft? Die Antwort ist Jesus Christus“, betonte Ludwig. Nach dem Tod von Charlie Kirk habe es in den USA keine gewaltsamen Ausschreitungen gegeben. „Stattdessen begannen viele Menschen erstmals seit Jahren wieder, in der Bibel zu lesen, zu beten, Gemeinden zu besuchen und das Evangelium zu hören“, so Ludwig. „Und das ist unser Wunsch und Gebet, dass genau das in Deutschland wieder passiert.“

Deutschland: Regensburger Lebensschützer gewinnen vor Gericht

Verwaltungsgerichtshof lehnt Bannmeilen um Abtreibungseinrichtungen ab

München (IDEA) – Nach deutschem Recht gibt es keine Bannmeilen um Abtreibungseinrichtungen, in denen abtreibungskritische Meinungsäußerungen generell verboten sind. Das geht aus einem Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (München) hervor. Er gab einem katholischen Lebensschutzverein aus Regensburg recht, der sich gerichtlich gegen Auflagen für eine Kundgebung gewehrt hatte. Hintergrund: Der Verein veranstaltet seit 25 Jahren regelmäßig Gebetsprozessionen für den Schutz ungeborener Kinder. Dazu gehören Zwischenkundgebungen in der Nähe eines Ärztehauses, in dem Abtreibungen durchgeführt werden. Dabei beten die Teilnehmer etwa 40 Meter vom Eingang des Gebäudes entfernt. Die Regensburger Stadtverwaltung wollte anordnen, dass die Kundgebung mindestens 100 Meter vom Ärztezentrum entfernt stattfinden müsse. Sie berief sich dabei auf ein [Gesetz](#) gegen sogenannte „Gehsteigbelästigung“, das die Ampelkoalition 2024 durchgesetzt hatte. Danach sind in einem Bereich von 100 Metern um den Eingang von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Abtreibungskliniken „bestimmte, nicht hinnehmbare Verhaltensweisen“ untersagt. Der Verwaltungsgerichtshof entschied nun in letzter Instanz, dass die Gebetsversammlungen des katholischen Vereins nicht unter dieses Gesetz fallen. Von ihnen seien keine unzulässigen Belästigungen von Schwangeren zu erwarten. In einer Pressemitteilung erklärte das Gericht, es gebe „keine Anhaltspunkte dafür, dass die Schwangeren durch die Veranstaltungsteilnehmer derart bedrängt würden, dass der Weg zur Praxis zu einem ‚Spießrutenlauf‘ werde“.

Anwalt: Rechtswidrigkeit war bekannt

Der Anwalt des Lebensschutzvereins, Prof. Torsten Schmidt (Leisnig), erhob in einer eigenen Pressemitteilung Vorwürfe gegen die Regensburger Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer (SPD). Sie sei von der Rechtsabteilung der Stadtverwaltung darauf hingewiesen worden, dass die geplanten Auflagen für die Gebetsprozession rechtswidrig waren. Trotzdem habe sie die zuständigen Beamten durch eine Weisung dazu gezwungen. Kritik übte Schmidt auch an der Regensburger SPD-Bundestagsabgeordneten Carolin Wagner. Sie habe die Entscheidung der Stadtverwaltung mit juristisch unhaltbaren, ideologisch motivierten Behauptungen beeinflusst.

Deutschland: Scharfe Kritik an ÖRK-Materialien

zur Gebetswoche für den Frieden – Christlich-jüdische Organisationen und Kirchen werfen dem ÖRK Einseitigkeit vor

Bad Nauheim/Hannover/Darmstadt (IDEA) – Scharfe Kritik haben mehrere kirchliche und christlich-jüdische Organisationen an den Materialien des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK/Genf) zur „Weltweiten Gebetswoche für Frieden in Palästina und Israel“ geübt. Der ÖRK hatte vom 20. bis 26. September 2025 zu Gottesdiensten, Gebeten und Aktionen aufgerufen. Das diesjährige Motto „Wir müssen Rechenschaft geben“ ist an Hebräer 4,13 angelehnt: „Und kein Geschöpf ist vor ihm verborgen, sondern es ist alles bloß und aufgedeckt vor den Augen dessen, dem wir Rechenschaft geben müssen.“ Nach Angaben des Rates sollten die Unterlagen Gemeinden und Gläubige dazu ermutigen, für ein Ende der „israelischen Besatzung und Unterdrückung“ und „einen gerechten Frieden für alle in Palästina und Israel“ zu beten. Die Dokumente umfassen Liturgien, Gedichte, Erzählungen, Gebete und Betrachtungen. Ziel sei es, dass Kirchen und zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit durch Gebet und Engagement „öffentlich Zeugnis“ ablegten.

DKR: Kirchen werden zum „verbissenen Beten gegen Israel“ aufgerufen

Der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR/Bad Nauheim) verurteilte die Materialien als „einseitig“ und „anti-israelisch“. Präsidium und Vorstand erklärten: „Wir verurteilen den Versuch, die Kirchen weltweit dazu zu bewegen, verbissen gegen Israel zu beten!“ Wie schon bei einer [Stellungnahme](#) des ÖRK-Zentralkomitees vom Juni werde ausschließlich das Leid der Palästinenser thematisiert, während „Gefährdungen und Leiderfahrungen der Israelis völlig ignoriert“ würden. Die Materialien erwähnten weder das von der Terrormiliz Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 angerichtete [Massaker](#) noch die andauernde Geiselhaft von Israelis. Die Israelis würden allein als Täter und die Palästinenser allein als Opfer dargestellt. Der DKR, zu dem mehr als 80 lokale und regionale Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit gehören, kritisiert zudem, dass das biblische Motto aus Hebräer 4,13 „zur Kritik an Israel umgedeutet“ werde. Der DKR begrüßte in diesem Zusammenhang, dass sich der EKD-Auslandsbischof Frank Kopania (Hannover) und die Kirchenpräsidentin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Christiane Tietz (Darmstadt), bereits von den Materialien distanziert hatten. Tietz zufolge sind die Texte des ÖRK unausgewogen und trügen eher zur Polarisierung als zur Förderung des Friedens bei. Sie hatte die Gemeinden aufgerufen, eigene liturgische Formen zu entwickeln, die das Leiden und die Hoffnung aller Menschen in der Region berücksichtigten.

DR Kongo: Mindestens 64 Menschen bei Angriff auf katholische Gemeinde getötet

IIRF-D/aleteia/Tübingen/29.09.25 - Mit einem Beitrag von Christine Rousselle berichtet das christliche Medienportal Aleteia.org am 25.09.25 von einem grausamen Überfall auf eine Trauergemeinde. Demnach haben islamische Extremisten Anfang des Monats Trauernde bei einer Beerdigung in einer katholischen Gemeinde in der Demokratischen Republik Kongo angegriffen und mindestens 64 Menschen getötet.

Mindestens 64 Menschen, von denen einige an einer Trauerfeier in einer katholischen Kirche in Ntoyo in der Demokratischen Republik Kongo teilnahmen, wurden am 8. September bei einem Angriff islamischer Extremisten getötet, teilte die Wohltätigkeitsorganisation "Kirche in Not" mit.

Der Angriff wurde der Gruppe Allied Democratic Forces (ADF) zugeschrieben, die mit dem IS verbunden ist. Ntoyo liegt im Osten der Demokratischen Republik Kongo, in der Provinz Nord-Kivu.

Am 8. September gegen 21 Uhr griffen ADF-Kämpfer die Trauernden mit Macheten an und töteten Dutzende. Der Angriff dauerte bis in die Morgenstunden des 9. September an.

"Die Opfer wurden bei einer Trauerzeremonie überrascht", sagte Macaire Sivikunula, ein lokaler Verwaltungsbeamter, gegenüber Reuters.

Nach den Machetenangriffen setzten ADF-Kämpfer Häuser und Autos im Dorf in Brand, was die Zahl der Todesopfer erhöhte. Die Tatsache, dass nur bestimmte Häuser in Brand gesteckt wurden, deutet darauf hin, dass der Angriff vorsätzlich erfolgte, so Kirche in Not.

Die ADF war in den letzten Monaten besonders in der Demokratischen Republik Kongo und in Uganda aktiv, so Church to the Aid to the Need.

Ende Juli töteten ADF-Kämpfer mindestens 40 Menschen, darunter neun Kinder, in Komanda, Ituri, Demokratische Republik Kongo. Bei diesem Massaker handelte es sich um einen ähnlichen nächtlichen Angriff auf einen Gottesdienst, sagten die Vereinten Nationen.

Anfang Juli töteten ADF-Kämpfer bei zwei Angriffen in den Provinzen Ituri und Nord-Kivu weitere 82 Menschen.

"Diese gezielten Angriffe auf wehrlose Zivilisten, insbesondere auf Gotteshäuser, sind nicht nur entsetzlich, sondern verstoßen auch gegen alle Menschenrechtsstandards und das humanitäre Völkerrecht", sagte Vivian van de Perre, stellvertretende Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Schutz und Operationen und amtierender Leiter der MONUSCO, nach dem Angriff Ende Juli.

Die ADF wurde 1995 in Uganda von Jamil Mukulu, einem islamisch-fundamentalistischen Konvertiten vom Katholizismus, gegründet.

Mukulu wartet seit 2015 in Uganda auf seinen Prozess wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und wurde in der Demokratischen Republik Kongo zum Tode verurteilt.

Quelle: <https://aleteia.org/2025/09/25/at-least-64-people-killed-in-attack-on-catholic-parish/>

Innere Mongolei: Verteilung von Bibeln gilt als illegale Geschäftstätigkeit

International Christian Concern – Am 11. September bestätigte das Volksgericht mittlerer Instanz in Hohhot, das in der autonomen Region Innere Mongolei in China ansässig ist, das ursprüngliche Urteil gegen zehn Christen, die wegen der Verteilung legal veröffentlichter Bibeln zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, und erklärte, dass ihre Handlungen einer illegalen Geschäftstätigkeit gleichkämen.

Die zehn Personen waren 2021 verhaftet worden, weil sie legal veröffentlichte Bibeln gekauft und zu deutlich niedrigeren Preisen weiterverkauft hatten, um damit zu evangelisieren. International Christian Concern (ICC) verfolgt diesen Fall seit mehreren Jahren.

Obwohl die Bibeln legal veröffentlicht wurden, befand das Gericht ihre Verteilung für illegal, da die Hauskirche, der die Verteiler angehörten, nicht offiziell registriert war. Darüber hinaus weigerte sich die Kirche, sich der von der Regierung kontrollierten Kirche der Drei-Selbst-Patriotischen Bewegung (TSPM) anzuschließen.

Die TSPM arbeitet nach drei Grundprinzipien: Selbstverwaltung, Selbstversorgung und selbständige Verbreitung. Sie ist die offiziell anerkannte Kirche in China und unterliegt den vom Kommunistischen Partei Chinas auferlegten Beschränkungen. Daher entscheiden sich viele Hauskirchen dafür, unabhängig und ohne offizielle Anerkennung zu arbeiten, was sie in Konflikt mit dem Gesetz bringt.

Die zehn Gläubigen, die wegen illegaler Bibelverteilung verurteilt wurden, sind Wang Honglan, Ji Heying, Zhang Wang, Wang Jiale, Liu Minna, Li Chao, Yang Zhijun, Ji Guolong, Liu Wei und Ban Yanhong. Bei ihrer Verhaftung im April 2021 argumentierten sie, dass ihr Verkauf von Bibeln nicht gewinnorientiert sei und dass ihre Absichten rein evangelistisch seien. Ban Yanhong bekannte sich schuldig und wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Die anderen Gläubigen wurden im November 2024 zu Gefängnisstrafen und hohen Geldstrafen verurteilt.

„Wir wollen nicht, dass unsere Brüder und Schwestern leiden, und wir wollen auch nicht, dass andere unter Gottes Zorn leben“, erklärte der Verteidiger der Gläubigen. „Wang Honglan und andere haben unzähligen Familien und Schülern geholfen und damit der Gesellschaft einen Dienst erwiesen. Wir hoffen, dass die Regierung den Glauben der Christen respektiert und aufhört, sie zu verfolgen und zu unterdrücken.“

Der Fall wurde in Berufung gebracht und am 5. September vor das Volksgericht mittlerer Instanz in Hohhot gebracht. Das Gericht bestätigte das ursprüngliche Urteil, verurteilte die Gläubigen zu Gefängnisstrafen und verhängte hohe Geldstrafen. Die Haftstrafen und Geldstrafen variierten von Person zu Person, wobei viele Gläubige zu Strafen zwischen einem und fünf Jahren verurteilt wurden.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Israel: UN-Generaldebatte

Netanjahu: Westliche Führer sind vor Islamisten eingeknickt

(Von Israelnetz vom 26. September 2025) NEW YORK (inn) – Der israelische Premier Benjamin Netanjahu (Likud) hat bei seiner Rede am Freitag vor der UN-Generalversammlung direkt zu den Geiseln gesprochen. Wie er erklärte, habe Israel große Lautsprecher im Gazastreifen aufgestellt, die seine Rede direkt und lautstark übertragen – in der Hoffnung, dass die Geiseln alles hören. Netanjahu sagte: „Wir haben Euch nicht vergessen. Wir werden nicht ruhen, bis wir Euch alle nach Hause gebracht haben.“

An die Hamas und die Palästinenser im Gazastreifen wandte sich Netanjahu ebenfalls. Er forderte sie auf, die Geiseln freizulassen. „Wenn Sie es nicht tun, werden wir Sie jagen.“ Netanjahu kündigte an, Israel werde nach dem Krieg zeitweise die Kontrolle übernehmen.

Als Netanjahu an das Rednerpult trat, verließen zahlreiche Diplomaten den Saal aus Protest. Die palästinensische Delegation hatte zuvor eine entsprechende Kampagne initiiert. Die Rede begann Netanjahu daher mit kurzer Verzögerung.

Schelte für Staatenlenker

Am Europa und den Westen gerichtet, betonte Netanjahu, dass Israel auch die Zivilisation verteidigt. „Tief im Inneren wissen Sie, dass Israel Ihren Kampf kämpft.“ Staatenlenker, die öffentlich Israel verurteilten, würden in Privatgesprächen Israel danken. Netanjahu zitierte auch den deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU): Dieser habe mit seinem [Satz](#) recht, dass Israel die „Drecksarbeit“ verrichte.

Bedauerlicherweise verbreiteten viele Staatenlenker eine andere Botschaft. Kurz nach dem 7. Oktober hätten sie Solidarität mit Israel gezeigt. Mit der Zeit seien sie aber vor „voreingenommenen Medien und dem radikalen Islam“ eingeknickt. Doch dies bewahre sie nicht vor dem „Sturm des Dschihadismus“. „Um diesem Sturm entgegenzutreten, müssen sie an der Seite Israels stehen. Aber sie tun das Gegenteil.“

Anerkennung als Belohnung für Terror

Die Anerkennung eines „Staates Palästina“ beschrieb Netanjahu indes als Belohnung für Terrorismus. Die Botschaft der Anerkennung sei: „Juden zu töten lohnt sich.“ Die Entscheidung werde Terror gegen Juden in aller Welt weiter fördern.

Das Terrormassaker würden 90 Prozent der Palästinenser unterstützen. Die Ablehnung eines Palästinenserstaates sei indes nicht nur seine Position, sondern Konsens in Israel. Netanjahu verwies darauf, dass sich die Knesset mit 90 Prozent gegen die Schaffung eines solchen Staates ausgesprochen habe.

Netanjahu wies auch den Gedanken zurück, ein Staat würde Frieden bringen. Die Palästinenser wollten keinen Staat neben, sondern anstatt Israel haben. Das belege die Geschichte des Gazastreifens: Israel habe den Palästinensern das Gebiet überlassen, aber anstatt dort einen Staat aufzubauen, hätten sie es als Angriffsrampe gegen Israel genutzt.

Kern des Problems sei nicht das Fehlen eines palästinensischen Staates, sondern die Präsenz eines jüdischen Staates. Das betreffe nicht nur die Hamas, sondern auch die „gemäßigte“ Palästinensische Autonomiebehörde (PA). Diese bezahle Palästinenser für Terrorismus.

Netanjahu: Israel schützt Zivilisten

Mit Blick auf den Gazakrieg sagte Netanjahu, dass Israel „den Job erledigen muss“. Dies solle so schnell wie möglich geschehen. Große Teile der Welt erinnerten sich nicht mehr an den 7. Oktober. „Aber Israel erinnert sich an den 7. Oktober.“ Am Revers hatte er einen QR-Code angebracht, der zu den Videos der Gräueltaten führte und bat seine Zuhörer, diesen Link zu nutzen, um den 7. Oktober in Erinnerung zu rufen.

Netanjahu wies außerdem den Vorwurf des Genozids zurück. Israel bemühe sich im Gegenteil um den Schutz der Zivilisten. „Würden wir die Gazaner dazu aufrufen, die Kriegsgebiete zu verlassen, wenn wir einen Genozid verüben würden?“ Die Hamas ziele jedoch auf Zivilopfer ab und wolle außerdem alle Juden töten.

Friede mit Syrien und Libanon anvisiert

Gegen Ende schlug Netanjahu optimistische Töne an. Friedensverträge mit Syrien und mit dem Libanon seien möglich. Der Libanon müsse dazu jedoch erst die Terrormiliz Hisbollah entwaffnen. Auch Friedensabkommen mit weiteren arabischen Ländern seien möglich. Dazu müsse aber erst die Hamas besiegt werden.

Wenn dies geschehen sei, könne der Nahe Osten erblühen. „Ich glaube, dass der Nahe Osten in wenigen Jahr völlig anders aussehen wird“, meinte Netanjahu. Insbesondere könne Israel mit dem Iran Frieden schließen, da eine historische Freundschaft zwischen den beiden Völkern bestehe.

Öffentlichkeitskampagne in New York

Netanjahu war am Donnerstag in New York eingetroffen. Vor seiner Rede traf er die Präsidenten von Argentinien, Serbien und Paraguay, Javier Milei, Aleksandar Vučić und Santiago Peña.

Israel initiierte außerdem eine Öffentlichkeitskampagne in New York. Durch die Straßen des Stadtteils Manhattan fuhren Autos mit großen Leuchtreklamen, auf denen die Aufforderung „Gedenkt des 7. Oktober“ zu lesen war.

Abbas: Israel verübt Genozid

Bereits am Donnerstag hatte der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Mahmud Abbas, seine Rede gehalten. Da ihm die USA die Einreise verweigerten, zeichnete er die Rede auf Video auf.

Darin warf Abbas Israel vor, im Gazastreifen einen Genozid zu verüben. Das sei „eines der schrecklichsten Kapitel menschlicher Tragödien des 20. und 21. Jahrhunderts“. Mit Blick auf das Westjordanland kritisierte der 89-Jährige unter anderem die [israelischen Pläne](#) für den Ausbau des Gebietes E1 östlich von Jerusalem.

Zurückweisung der „Handlungen vom 7. Oktober“

Abbas dankte zudem allen Staaten, die zuletzt den „Staat Palästina“ anerkannt haben. „Unser Volk wird diese edle Haltung nicht vergessen.“

Das Eintreten für die „palästinensische Sache“ sei nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen, betonte er weiter. Die Palästinenser hätten Israels Existenzrecht bereits anerkannt. Abbas wies „das, was am 7. Oktober geschehen ist“, zurück. Die „Handlungen gegen israelische Zivilisten und deren Geiselnahme stehen nicht für das palästinensische Volk oder sein gerechtes Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit“.

Abbas hatte seine Rede wegen eines Einreiseverbotes der USA aufgezeichnet

Mit Blick auf die Zukunft listete Abbas eine Reihe von Forderungen auf, darunter das sofortige Ende des Gazakrieges und Befreiung „aller Geiseln und Gefangenen auf beiden Seiten“. Die Hamas dürfe keine Rolle in der Regierung haben. Der „Staat Palästina“ müsse die volle Verantwortung für den Gazastreifen übernehmen, beginnend mit einem Verwaltungsausschuss auf Zeit.

Symbolischer Schlüssel

Abbas trug bei seiner Rede am Revers einen Schlüssel, das Symbol für das „Rückkehrrecht“. So ein Rückkehrrecht würde die demographische Auslöschung Israels als jüdischen Staates bedeuten. Abbas nannte in seiner Rede die Zahl von 7 Millionen palästinensischen „Flüchtlingen“.

Mit dem UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) haben die Palästinenser als einzige Volksgruppe eine eigene Flüchtlingsorganisation. Für alle anderen Flüchtlinge ist die UN-Flüchtlingsbehörde OHCR zuständig. Nur bei den Palästinensern ist der Flüchtlingsstatus vererbbar. (df)

Italien: Todesdrohung gegen Pfarrer im Gottesdienst

Ein 75-Jähriger übergab ihm eine Pistolenkugel – Der Mann wurde festgenommen

Neapel (IDEA) – In Italien hat ein katholischer Pfarrer im Gottesdienst eine Todesdrohung erhalten. Ein 75-Jähriger überreichte ihm eine in ein Taschentuch eingewickelte Pistolenkugel. Das berichtet „Bild“ unter Berufung auf italienische Medien. Die Tat ereignete sich in Caivano knapp 20 Kilometer nördlich von Neapel. Der betroffene Pfarrer Maurizio Patriciello setzt sich seit langem gegen das organisierte Verbrechen ein. Die Region um Neapel gilt als Hochburg der Mafia-Organisation Camorra. Der Pfarrer erhielt bereits wiederholt Drohungen wegen seines Kampfes gegen die Mafia. Er bezeichnete den Vorfall als „schrecklichen Moment“. Dass dies vor den Augen von Kindern geschehen sei, „ist wirklich zu viel“. Nach Angaben des Geistlichen soll es sich bei dem Täter um den Schwiegervater eines örtlichen Camorra-Bosses handeln. Der Verdächtige wurde festgenommen. Politiker verurteilten die Tat scharf, darunter auch Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Der italienische Innenminister Matteo Piantedosi kündigte an, dem Pfarrer einen Solidaritätsbesuch abzustatten.

Madagaskar: Proteste eskalieren

Demonstranten fordern Wiederherstellung der Strom- und Wasserversorgung

Antananarivo (Fides) – Plünderungen und Zerstörungen in der Hauptstadt, Brände, Schulschließungen und Ausgangssperren – das ist das Szenario, das seit Donnerstag, dem 25. September, eines der ärmsten Länder der Welt erschüttert, in dem über 75 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben.

Unter dem Ruf „Wir wollen Wasser, wir wollen Strom“ gingen Demonstranten auf die Straße und widersetzten sich damit einem vorherigen Verbot der Polizei. Die Proteste eskalierten zu gewalttätigen Zusammenstößen mit den Ordnungskräften, was die Behörden dazu veranlasste, eine nächtliche Ausgangssperre zu verhängen. Die Demonstranten kritisierten die Regierung und forderten die Wiederherstellung einer zuverlässigen Wasser- und Stromversorgung im ganzen Land. In einer Mitteilung der lokalen Presse heißt es, dass mit neuen Protesten zu rechnen sei, wobei befürchtet wird, dass diese zu weiteren Gewalttaten und Plünderungen führen könnten.

In einer Erklärung vom Freitag, dem 26. September, bekunden die Mitglieder des Rates der christlichen Kirchen in Madagaskar (FFKM), der katholische, anglikanische, reformierte und lutherische Führer vertritt, ihre Solidarität mit den Familienangehörigen, die ihrer Aussage nach „ihre Lieben verloren haben“ und mit „Verletzten und denjenigen, deren Eigentum zerstört wurde, deren Lebensgrundlage und Arbeit durch Plünderungen und Brandstiftung an vielen Orten, darunter auch bei der Madagassischen Bibelgesellschaft, verloren gegangen sind“. Sie forderten die Bürger des Landes aber auch auf, „das Blutvergießen, die Feindseligkeiten, die Zerstörung der Infrastruktur und Plünderungen in ihren verschiedenen Formen“ sowie „verbale Provokationen und feindselige Handlungen“ zu beenden.

In einer von „Radio France Internationale“ (RFI) verbreiteten Erklärung fordern die Mitglieder des Rates der Kirchen die Bürger auf, „einander näher zu kommen, einander zu vergeben und sich auf Frieden und Dialog zuzubewegen, um dringende und dauerhafte Lösungen zu finden, die zu Harmonie und Entwicklung führen, damit die gesamte Bevölkerung ihre Grundrechte wie Strom, Wasser, Frieden, Arbeit, Ordnung und Sicherheit genießen kann“.

Unterdessen wurden schnelle Reformen, Hilfe für die Opfer von Plünderungen und ein direkter Dialog mit den Jugendlichen der so genannten „Gen Z“, den Protagonisten der Protestbewegung, bereits am Tag nach den Demonstrationen von Präsident Andry Rajoelina versprochen, der 2023 unter Vorwürfen von Wahlbetrug und Boykotten wiedergewählt wurde und bei einem Teil des Landes nach wie vor stark umstritten ist.

(AP) (Fides 29/9/2025)

Nicaragua: Gefangener des Monats Oktober 2025

Pastor trotz schwerer Erkrankung eingesperrt – Rudy Palacios Vargas ist seit Juli inhaftiert



Pastor Rudy Palacios Vargas aus Nicaragua

Jinotepe (IDEA) – Zum „Gefangenen des Monats Oktober 2025“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den evangelischen Pastor Rudy Palacios Vargas aus Nicaragua benannt. Der Gründer der kirchlichen Gemeinschaft „La Roca de Nicaragua“ (Der Fels von Nicaragua) wurde am 17. Juli in Jinotepe, der Hauptstadt des Bezirks Carazo im Südwesten des Landes, festgenommen. Sicherheitskräfte führten auch vier Familienangehörige sowie eine Freundin und zwei Freunde ab. Einer von ihnen verstarb im August in Gewahrsam. Bewaffnete Polizisten drangen – unterstützt von Hilfskräften – gewaltsam in die Wohnungen der Christen ein. Sie beschlagnahmten dabei Mobiltelefone und andere elektronische Geräte. Der Pastor wurde laut Medienberichten zusammen mit vier weiteren der Festgenommenen in das berüchtigte Gefängnis von Granada an der Westküste verlegt, das „La Granja“ genannt wird. Die Behörden werfen ihnen Verschwörung zur Untergrabung der nationalen Integrität und Hochverrat vor. Der kirchlichen Gemeinschaft wurde bereits 2019 die rechtliche Zulassung entzogen. Sicherheitskräfte ermordeten mehrere Mitglieder und beschlagnahmten das Kirchengebäude der Gemeinschaft. Vorübergehend im Exil kehrte Pastor Vargas im Dezember 2020 in seine Heimat zurück, nachdem er an Krebs erkrankt war. Daher sorgen sich Beobachter insbesondere um seinen Gesundheitszustand. IGFM und IDEA bitten darum, sich in Briefen an den Präsidenten Nicaraguas, Daniel Ortega, zu wenden. Über die zuständige diplomatische Vertretung in Wien solle man die sofortige Freilassung des Pastors, seiner Familienmitglieder und Freunde fordern. Verbunden damit ist die Bitte, für die inhaftierten Christen zu beten. Von den 6,9 Millionen Einwohnern Nicaraguas sind etwa 50. Prozent römisch-katholischen und 33 Prozent Protestanten.

[MUSTERBRIEF AN DIE BOTSCHAFT](#)

Nigeria: erste Anhörung im Fall von Yahaya Sharif-Aminu

IIRF-D/ADF/Tübingen/28.09.2025 - Gestern, am 25. September, hat der Oberste Gerichtshof Nigerias die erste Anhörung im Fall von Yahaya Sharif-Aminu durchgeführt. Der Fall betrifft das Blasphemiegesetz von Kano, das seit Jahren in der Kritik steht, weil es grundlegende Menschenrechte wie die Religionsfreiheit beeinträchtigt.

Yahaya, ein junger Musiker, ist seit mehr als 5 Jahren inhaftiert. Er war 2020 von einem Sharia-Gericht wegen der Weitergabe eigener religiöser Liedtexte über WhatsApp zum Tode verurteilt worden. Erst durch die Unterstützung von ADF International erhielt er die Möglichkeit, Berufung einzulegen und seinen Fall bis vor den Obersten Gerichtshof in Nigeria zu bringen.

Das Gericht hat gestern begonnen den Fall zu verhandeln, eine Entscheidung steht jedoch noch aus. Dies war die erste Anhörung, seit die Berufung im November 2022 eingereicht wurde (also vor fast 3 Jahren).

ADF International unterstützt den Fall seit September 2022. Unabhängig vom Ausgang bleibt dieser Prozess ein wichtiger Schritt, um auf die Situation der Religionsfreiheit in Nigeria aufmerksam zu machen und das Recht auf freie Glaubensäußerung zu verteidigen.

Wir bitten Sie, Yahaya im Gebet zu begleiten – für Kraft, Trost und einen guten Ausgang vor Gericht. Damit wir Yahaya und andere Betroffene weiterhin wirksam unterstützen können, brauchen wir Ihre Hilfe. Bitte erwägen Sie, heute eine Spende zu geben und so unseren Einsatz für Religionsfreiheit zu stärken.

Quelle: <https://adfinternational.org/de>

Nigeria: Gebet für verfolgte Christen

(AVC) Wie unser AVC-Partner berichtet, sind im Norden des Landes besonders die christlichen Gemeinden von brutalen Angriffen betroffen. Sie werden von ihren Feldern und aus ihren Häusern vertrieben, ihr Eigentum zerstört, viele Menschen ermordet. Besonders im Bundesstaat Plateau können dadurch Familien ihren Lebensunterhalt nicht mehr erwirtschaften und Armut und Unsicherheit verschärfen ihre Situation. Seit einem Jahr nimmt der Terror zu.

Ganz konkret nannte uns Dapar etliche Frauen aus seinem Umfeld und seiner Gemeinde, deren Leben sich in einem Moment schlagartig veränderte. Unter ihnen ist die junge Rifkatu. Sie verlor ihre Familienmitglieder und ist nun unter schwierigsten Umständen allein für ihre sieben Kinder verantwortlich. Zeit für Verarbeitung der traumatischen Ereignisse ist nicht vorhanden. Der Nachwuchs muss versorgt werden. Der Glaube an Jesus und die Unterstützung der vielen Gebete aus dem Ausland helfen ihr.

Wenn du Frauen wie Rifkatu im Gebet beistehen möchtest, laden wir dich herzlich ein an der Gebetswoche vom 3. bis 9. November 2025 teilzunehmen. Jeden Tag steht ein Land, das unter Verfolgung leidet im Fokus, z. B. Nigeria. Das zugehörige Gebetsheft kann auf unserer Homepage bestellt oder digital gelesen werden.

Abschließend möchten wir euch ermutigen mit den Worten von Pastor Dapar: »Vielen Dank, dass ihr uns in diesem Moment unserer Prüfungen beisteht«.

Heute beten wir...

... für Gottes Eingreifen und Schutz für Frauen wie Rifkatu,

... für Ermutigung, Kraft und Weisheit für Pastor Dapar,

... dass die Gebetswoche im November Christen in Verfolgung ermutigt.

Österreich: Sonntag der verfolgten Kirche

Es wird empfohlen, den zweiten oder dritten Sonntag im November eines jeden Jahres zu diesem Anlass zu verwenden.

Christen sind heute die weltweit am stärksten verfolgte Glaubensgruppe. Schätzungsweise 200 Millionen Menschen leiden wegen ihres christlichen Glaubens unter Benachteiligungen, Verfolgung oder Gewalt – sei es durch Anhänger anderer Religionen oder totalitäre Regime. Das Recht auf Religionsfreiheit wird in vielen Ländern nach wie vor missachtet.

Mag. Josef Jäger, Vorsitzender des Arbeitskreises Religionsfreiheit (AKREF-A) der Österreichischen Evangelischen Allianz, ruft Österreichs Christen dazu auf, einen Sonntag im Jahr bewusst im Gedenken an verfolgte Mitchristen und im Gebet für die weltweite Religionsfreiheit zu verbringen.

Der "Sonntag der verfolgten Kirche" (SVK) wird international begangen. Christen aus allen Konfessionen und Erdteilen versammeln sich, um im Gebet für diejenigen einzustehen, die um ihres Glaubens willen leiden.

AKREF-A

Gegründet im Juli 2010, hat es sich der Arbeitskreis Religionsfreiheit der Österreichischen Evangelischen Allianz zum Ziel gesetzt, eine Stimme der Verfolgten in der Öffentlichkeit zu sein. Dies geschieht durch Verbreitung von Informationen über verfolgte Christen und die Gefährdung der Religionsfreiheit, durch Bewusstseinsbildung, Medienarbeit, Vernetzung und Kontakten zu Botschaften von Ländern, in denen Christen verfolgt werden. Der AKREF-A initiiert Petitionen für verfolgte Christen und motiviert Christen, sich durch deren Unterzeichnung und im Gebet für ihre verfolgten Geschwister einzusetzen.

In Zusammenarbeit mit der Schweiz und Deutschland erstellt der AKREF-A auch das jährliche Vorbereitungsheft für den SVK in Österreich. Das Begleitheft können Sie sich über folgenden Link kostenlos herunterladen:

[Download Heft 2024](#)

Planen Sie den Sonntag der verfolgten Kirche 2025 am 9. November in den Sonntagsgottesdienst oder ein spezielles Gebetstreffen ein, um für unsere verfolgten Geschwister einzutreten, denn wenn ein Glied des Leibes leidet, leiden alle Glieder mit. In diesem Jahr wollen wir besonders für die Christen in Nordkorea, im Iran und Burkina Faso beten.

Der Termin in 2025 ist der 9. und 16. November.

Pakistan: Christ wegen Blasphemie in den sozialen Medien verhaftet

“Niemand würde so etwas absichtlich tun“

Lahore (Fides) – „Kein Christ in Pakistan, der sich der verheerenden Folgen bewusst ist, würde absichtlich etwas veröffentlichen oder schreiben, was als Blasphemie gegen den Islam aufgefasst werden könnte“, betont Pater Lazar Aslam OFM Cap, Mitglied des „Komitees für den Frieden in Pakistan“, in dem sich christliche und muslimische Religionsführer zusammenschließen. Das Komitee erinnert an den jüngsten Fall von Asher Bhatti, einem Christen aus dem Stadtteil Nishtar in Lahore, der wegen Blasphemie angeklagt wurde, weil er angeblich blasphemische Inhalte auf Facebook veröffentlicht haben soll, und von der Polizei in Gewahrsam genommen wurde. „Wie schon oft in anderen Fällen ist das Leben von Bhatti nun, noch bevor das Gerichtsverfahren begonnen hat, in Gefahr, weil er angegriffen oder gelyncht werden könnte“, betont der Ordensmann in diesem Zusammenhang.

Der mutmaßliche Vorfall ereignete sich am 14. September 2025. Die Anzeige wurde am 16. September von Muhammad Umair erstattet, der im selben Viertel wohnt und angab, mehrere Facebook-Beiträge von Asher Bhatti gesehen zu haben, die blasphemische Skizzen, herabwürdigendes Material, Videos und Kommentare enthielten, die den Propheten Mohammed beleidigten. Nach Angaben von Umair lösten diese Beiträge öffentliche Empörung aus, beleidigten religiöses Empfinden und verursachten Angst und Wut unter der lokalen muslimischen Bevölkerung. Der Beschwerdeführer forderte sofortige rechtliche Schritte gemäß Artikel 295-C des pakistanischen Strafgesetzbuches (Blasphemiegesetz) gegen Bhatti und einen weiteren Christen, der als Komplize gilt, wegen angeblicher Blasphemie, Verletzung religiöser Gefühle und Verbreitung von Hass. Die Polizei leitete ein gerichtliches Verfahren ein und verhaftete Bhatti, der sich für unschuldig erklärt und betonte, in eine Falle gelockt worden zu sein.

„Als Mitglieder des Friedenskomitees sind wir vereint im Gebet und in Solidarität und bitten den Herrn, Asher Bhatti zu beschützen und ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, damit er nicht ein weiteres Opfer von Hass und Ungerechtigkeit wird. Wir werden weiterhin unsere Stimme erheben, denn der Glaube sollte niemals Grund für Gefängnis oder Tod sein“, so Pater Aslam.

In den letzten Tagen haben sich die Mitglieder des Friedenskomitees, darunter Mufti Ashiq Hussain, Pastor Asif Ashan Khokhar und Pater Lazar Aslam (OFM Cap), getroffen, um eine Lösung für diesen Fall zu finden. „Für unser geliebtes Land bleiben wir standhaft und geeint, während wir unsere Bemühungen um eine gerechtere und tolerantere Gesellschaft fortsetzen, in der die Werte des Friedens und des Respekts für alle geachtet werden“, bekräftigt das Komitee.

(PA) (Fides 27/9/2025)

Schottland: 75-jährige Christin wiederholt vor Krankenhaus verhaftet

Sie bot Frauen ein Gespräch an, die ihr Kind abtreiben lassen wollen

Glasgow (IDEA) – Die 75-jährige Christin Rose Docherty aus Glasgow ist zum wiederholten Mal verhaftet worden, weil sie abtreibungswilligen Frauen vor einem Krankenhaus Gespräche angeboten hatte. Wie auf einem Video zu sehen ist, hielt sie sich in der Nähe des Königin-Elisabeth-Universitätskrankenhauses auf und hatte ein Schild um den Hals. Darauf stand „Nötigung ist ein Verbrechen, ich bin hier, um mit ihnen zu sprechen, wenn Sie wollen“. Vier Polizisten forderten sie auf, sich zu entfernen. Als sie sich weigerte, wurde sie abgeführt und in eine Zelle gesperrt. Wie die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International (Wien) berichtete, nahm die Polizei Docherty nach ihrer Festnahme mehrere Stunden in Gewahrsam. Obwohl sie darauf hinwies, dass sie eine doppelte Hüftprothese habe, bekam sie in ihrer Zelle keinen Stuhl. Sie wurde schließlich angeklagt und gegen Kautionsfreilassung. Docherty selbst erklärte laut ADF, dass sie nicht wie eine Kriminelle behandelt werden sollte, „nur weil ich zum Gespräch einlade. Gespräche auf den Straßen von Glasgow sind nicht verboten.“ Dennoch sei sie zum wiederholten Mal aus diesem Grund verhaftet worden. Zum Hintergrund: Docherty war im Februar in Handschellen abgeführt worden, weil sie dasselbe Schild getragen hatte; die Staatsanwaltschaft ließ die Klage gegen sie jedoch im August fallen.

ADF: Polizei sollte sich um die wirklichen Probleme kümmern

Der für ADF tätige Rechtsanwalt Lorcan Price bezeichnete es als „höchst besorgniserregend, dass schottische Polizeikräfte damit beschäftigt sind, eine friedliche Großmutter, die in der Öffentlichkeit zum Gespräch einlädt, festzunehmen und zu verfolgen, anstatt sich den wirklichen Problemen in Glasgow zu widmen“. Docherty habe schließlich niemanden belästigt oder eingeschüchtert und auch nicht gewaltsam protestiert.

Selbst Gebete in den eigenen vier Wänden können strafbar sein

In Schottland gelten seit September 2024 sogenannte „Schutzzonen“ von 200 Metern um jede Abtreibungseinrichtung oder -klinik, die Belästigung, Einschüchterung und das „Beeinflussen“ von Personen verhindern sollen, die eine Abtreibung durchführen lassen möchten. Docherty war die erste Person, die auf dieser Grundlage verhaftet worden war. US-Vizepräsident J.D. Vance hatte bereits im Februar in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz vor den Auswirkungen dieses Gesetzes [gewarnt](#). Eine der Initiatoren, Gillian Mackay (Scottish Green Party/Schottische Grüne Partei), hatte dessen Kritik im Interview mit der BBC als falsch zurückgewiesen. Zugleich räumte sie jedoch ein, dass die unklaren Bestimmungen der Schutzzonenregelung dazu führen könnten, dass man auch für das sichtbare Beten am Fenster innerhalb der Zone bestraft werden könnte – „je nachdem, wer am Fenster vorbeigeht“.

Südkorea: “Gebet für das Leben”

40-tägige Initiative gegen geplante Legalisierung von Abtreibung und Abtreibungspille

Seoul (Fides) – „Abtreibung“ soll künftig als „Schwangerschaftsabbruch“ bezeichnet werden und die Legalisierung eines solchen „Schwangerschaftsabbruchs“ sowie die Einführung der „Abtreibungspille“ sind geplant: Dies legt ein 123 Punkte umfassendes Regierungsprogramm fest, das die Regierung des neuen Präsidenten Lee Jae-myung während der programmatischen Kabinettsitzung in den vergangenen Tagen verabschiedet hat. Die Regierung formuliert in diesem Zusammenhang das Ziel, „die Sicherheit und die Gesundheitsrechte von Frauen zu gewährleisten“ und zwar „durch die Verbesserung der Gesetze und Systeme im Bereich der Abtreibung“.

Die neue Regierung will damit, eine Gesetzeslücke schließen, nachdem bereits 2019 ein Urteil des Verfassungsgerichts die Gesetzgebung, die Frauen und Ärzte für Schwangerschaftsabbrüche bestraft, für „verfassungswidrig“ erklärt hatte. Nun wird zum ersten Mal seitdem die Legalisierung der Abtreibung in die Agenda einer Regierung aufgenommen.

Bischof Moon Chang-woo, Vorsitzender des Ausschusses für Familie und Leben der Koreanischen Bischofskonferenz, bekräftigte die Ablehnung der Kirche gegenüber der Abtreibung und sprach sich für „Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Föten vor Abtreibung und zur Gewährleistung des Rechts von Ärzten, Krankenschwestern und Apothekern auf Verweigerung aus Gewissensgründen“ aus.

Als Reaktion auf die Absichten der Regierung hat die katholische Kirche das „40-tägige Gebet für das Leben“ ins Leben gerufen, bei dem sich die Gläubigen auf Plätzen, Straßen und symbolischen öffentlichen Orten – wie am Eingang der Kathedrale der Erzdiözese Seoul – versammeln und Plakate zur Verteidigung des Lebens hochhalten und 40 Tage lang ununterbrochen still beten: Ordensleute, Priester und gläubige Laien beteiligen sich an der Gebetsinitiative für das Leben, die am 2. November enden wird.

Prof. Maria Kim Kyung-ah, Dozentin für Krankenpflege an der Katholischen Universität Incheon und Koordinatorin der Initiative „40 Tage Gebet für das Leben“, berichtet, dass Christen verschiedener Konfessionen und auch einige Nichtchristen an der Aktion teilnehmen, und fügt hinzu, dass „man von Seoul aus die Initiative auf nationaler Ebene ausweiten möchte“. „Die in der nationalen Agenda zum Ausdruck gebrachte Haltung schmälert den kostbaren Wert der Schwangerschaft und Geburt“, bekräftigt sie. Das stille Gebet soll zum Nachdenken anregen „über den Wunsch, der im Herzen eines jeden Menschen steckt, nämlich dass das Leben aller geschützt wird“, betont Domenico Savio Jo Young-ho, Doktorand, der sich in der Lebensschutzbewegung der Universität von Incheon engagiert, und hofft auf die Beteiligung junger Koreaner.

In der Zwischenzeit hat die „Nationale Koalition zum Schutz des Fötus und der Frau“, in der sich 70 Bürgerinitiativen unterschiedlicher kultureller und religiöser Herkunft zusammengeschlossen haben, eine Unterschriftenaktion gestartet, deren Ergebnisse der Nationalversammlung vorgelegt werden sollen, um präventiv gegen jeden Gesetzesentwurf zugunsten des Schwangerschaftsabbruchs oder der Abtreibungspille vorzugehen. Das Komitee für das Leben in der Erzdiözese Seoul beabsichtigt, die Unterschriftenkampagne auf die Pfarrgemeinden auszuweiten und die Gemeindemitglieder zur Unterzeichnung zu ermutigen.

(PA) (Fides 29/9/2025)

Südsudan: Gewalttätige Zusammenstöße

Bezirk Nagero: Bischof fordert Ende der Feindseligkeiten

Tombura-Yambio (Fides) – „An alle, die in die Kämpfe verwickelt sind, erhebe ich meine Stimme als Hirte: Beendet die Feindseligkeiten! Respektiert das menschliche Leben! Schützt die Zivilbevölkerung!“, so der Bischof von Tombura-Yambio, Barani Eduardo Hiiboro Kussala, nach den Angriffen der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee - In Opposition (SPLA-IO) auf eine Militärkaserne im Bezirk Nagero im Bundesstaat West-Äquatoria, bei denen ein Regierungssoldat verletzt wurde und Zivilisten aus dem Gebiet fliehen mussten.

„Gewalt verschlimmert nur die Wunden und entehrt die Würde unseres Volkes“, fährt der Prälat fort. „Unser Land sehnt sich nach Frieden, Versöhnung und Respekt für jeden Menschen, der nach dem Bild Gottes geschaffen ist.“

„Die Zivilisten gerieten in Panik und rannten in den Busch, nachdem sie die Schüsse gehört hatten“, berichtete der Geschäftsführer des Bezirks in einer lokalen Mitteilung. „Die Lage ist jetzt ruhig, aber die Menschen haben weiterhin Angst, und die meisten Bewohner sind noch nicht aus dem Wald zurückgekehrt, in den sie geflohen sind.“

„Ich habe Nachrichten von unseren Gläubigen erhalten, die nun mitten im Nirgendwo festsitzen, weder nach Tombura noch nach Wau gelangen können und gezwungen sind, sich ohne Nahrung, Medikamente oder Unterkunft im Gebüsch zu verstecken, wo sie dem Regen und der Gefahr von Krankheiten ausgesetzt sind. Einige unserer Lieben wurden getötet, viele verletzt und unzählige andere, vor allem ältere Menschen, Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderung, befinden sich in einer verzweiferten Lage“, beklagt Bischof Hiiboro in seiner Ansprache an die Gläubigen der katholischen Pfarreien „St. Daniel Comboni“ in Maringindo und „Nazareth“ in Nagero sowie an alle Einwohner des Bezirks Nagero. „Als euer Bischof möchte ich euch wissen lassen: Ihr seid nicht vergessen. Die Kirche ist mit euch, ich bin mit euch, und Christus selbst geht mit euch durch dieses Tal der Tränen. Auch wenn eure Häuser, Schulen und Gesundheitszentren geplündert wurden und ihr jetzt im Freien schlaft, denkt daran, dass ihr immer noch unter dem Schutz Gottes steht. In dieser Zeit der Verwirrung und Katastrophe appelliere ich an alle Menschen guten Willens, insbesondere an die Christen, sich mit unseren notleidenden Brüdern und Schwestern in Nagero solidarisch zu zeigen.“

Darüber hinaus bittet der Prälat die humanitären Hilfswerke, den Bischof von Wau, Matthew Remijio Adam Gbitiku (M.C.C.I.), die Caritas des Südsudans sowie die Katholische Organisation für Entwicklung und Frieden (CODEP) um die Bereitstellung von Nothilfe in Form von Lebensmitteln, Medikamenten, Kleidung und Unterkünften.

Am Ende seines Appells schließt Hiiboro mit einer Ermutigung an die Gläubigen: „Euer Leid ist nicht unsichtbar. Die Kirche trägt euch in ihrem Herzen, und ich werde keine Ruhe finden, bis euch Unterstützung und Hilfe erreichen. Geliebte Kinder, auch wenn ihr verstreut und verwundet seid, denkt daran, dass ihr eine einzige Familie in Christus bleibt.“

(AP) (Fides 2/10/2025)

USA: Anschlag auf Mormonenkirche in Michigan – vier Menschen getötet

Washington (Fides) – Mindestens vier Menschen wurden getötet und acht weitere verletzt, als ein bewaffneter Mann am gestrigen Sonntag, dem 28. September, einen Angriff auf einen Mormonentempel der "Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage" in Michigan verübte.

Der Attentäter rammte mit seinem Pick-up, auf dessen Ladefläche zwei amerikanische Flaggen wehten, die Eingangstür der Kirche in dem Ort Grand Blanc. Nachdem er aus dem Fahrzeug ausgestiegen war, begann der Angreifer mit einem Sturmgewehr zu schießen und setzte die Kirche in Brand. Dabei tötete er mindestens vier Menschen und verletzte mindestens acht weitere, bevor er bei einem Schusswechsel mit der Polizei ums Leben kam.

Die Behörden identifizierten den Angreifer als Thomas Jacob Sanford (40) einen ehemaligen US-Marine-Soldaten, der in der nahe gelegenen Stadt Burton lebte.

„Es scheint sich um einen weiteren gezielten Angriff auf Christen in den Vereinigten Staaten zu handeln“, erklärte Präsident Donald Trump in seinem Netzwerk „Truth Social“. „Diese Epidemie der Gewalt in unserem Land muss sofort beendet werden!“, fordert Trump.

Die „Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage“ ist eine christliche Glaubensgemeinschaft, die auch als „Mormonen“ bekannt ist. Gegründet von Joseph Smith im Jahr 1830, erkennt sie das Buch Mormon als heilige Schrift neben der Bibel an. Die Glaubenslehre ist stark christlich geprägt, unterscheidet sich jedoch in zentralen Punkten vom klassischen Christentum: So wird nicht nur Jesus, sondern teilweise auch Gott selbst nicht als metaphysisches Wesen, sondern als verherrlichte, körperliche Gestalt betrachtet, die einst selbst Mensch war. Aus diesem Grund fällt es christlichen Konfessionen, die behaupten, dass Gott eine Dreifaltigkeit aus drei getrennten Personen in einem einzigen Wesen ist, schwer, die Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage als christliche Gemeinschaft anzuerkennen.

(Fides 29/9/2025)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]